AUSGABE 11/2020

DENIZ DIREKT

Die Corona-Infektionszahlen steigen seit Wochen rasant an. Fast täglich erreichen wir ein Rekordniveau von Neuinfektionen im gesamten Land. Dieser Trend muss gestoppt werden! Am Mittwoch haben die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin besprochen, welche Maßnahmen zur Eingrenzung der aktuellen dynamischen pandemischen Entwicklung unternommen werden sollen. Die daraus resultierenden Beschlüsse bedeuten mal wieder harte Einschnitte für Jede und Jeden von uns .

Ab Montag gelten in Niedersachsen die folgenden wichtigsten Regelungen:

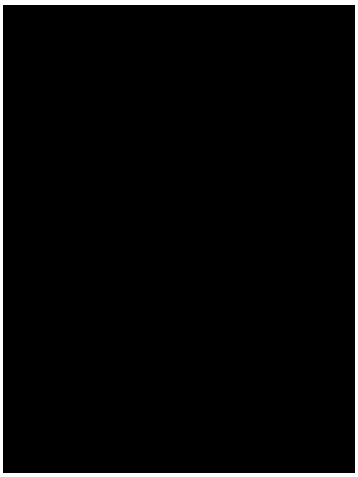
- **In der Öffentlichkeit dürfen sich nur noch Personen aus max. zwei Haushalten zusammen aufhalten (Max. 10 Personen).**
- **Restaurants und Gaststätten werden geschlossen (Lieferungen und Abholungen sind weiterhin möglich).**
- **Schließung von Betrieben im Bereich der Körperpflege (Ausgenommen sind Friseure und medizinisch notwendige Körperpflege-Maßnahmen).**
- **Freizeitangebote wie z.B. Kinos, Freizeitparks, Sportanlagen, Fitnessstudios und Schwimmbäder werden geschlossen.**
- **Touristische Übernachtungen sind verboten.**
- **Die Schulen und Kitas bleiben unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen geöffnet.**

Seit Beginn der Pandemie fragen sich viele, wie die Maßnahmen und Verordnungen zustande kommen. Auch stellt sich gerade in diesen Tagen die Frage, welche parlamentarische und demokratische Legitimation Schließungen und Kontaktbeschränkungen haben. Grundlage der Entscheidungen, welche die Landesregierung trifft, ist das Bundesinfetkionsschutzgesetz. Gerade eine Pandemie braucht schnelle Antworten und bei der Eindämmung von Infektionen bedarf es in vielen Fällen eine minutenschnelle Entscheidung. Ein langwieriger Gesetzgebungsprozess ist also schlicht nicht geeignet um einer Pandemie zu begegnen. Eine Beteiligung der Parlamente bei Verordnungen ist somit nicht vorgesehen und erscheint auch nicht zielführend. Trotz dessen haben wir als SPD-Landtagsfraktion gesagt, dass wir als Parlament gehört werden möchten. Vor diesem Hintergrund hat unsere Fraktionsvorsitzende Johanne Modder eine Sondersitzung des Landtages beantragt. Diese Sondersitzung hat am heutigen Freitag stattgefunden. Intensiv haben wir dabei die jetzt erforderlichen Maßnahmen und ihre weitreichenden Folgen diskutiert. Begonnen hat die Sondersitzung mit einer Regierungserklärung von Stephan Weil. In tiefer Sorge hat er über die aktuellen Infektionszahlen gesprochen. Bei der Betrachtung der aktuellen Zahlen wird die Dramatik der Lage deutlich: Während wir im Frühjahr, zum vermeintlichen Höhepunkt der Pandemie, täglich 450 Neuinfektionen hatten, liegt dieser Wert jetzt bei rund 1.500 Neuinfektionen pro Tag. Bisher ist auch kein Stop dieses Trends

DENIZ DIREKT

erkennbar und die Lage damit viel ernster als noch im Frühjahr. Bei gut 2/3 aller Infektionen ist eine Nachverfolgung derzeit nicht mehr möglich. Unser Ministerpräsident machte deshalb deutlich, dass kein Weg daran vorbeigeht, die sozialen Kontakte zu reduzieren - auch wenn es schmerzt.

Unsere Fraktionsvorsitzende Johanne Modder erklärte nach der Regierungserklärung für die SPD, dass man sicherlich an einzelnen Maßnahmen den ein oder anderen Kritikpunkt finden und man die Verbote auch als nicht verhältnismäßig oder die Einschränkungen als zu locker ansehen könnte. Doch wir müssen uns alle immer wieder vor Augen führen, wofür wir diese Einschränkungen brauchen. Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen, unser Gesundheitssystem stabil halten und vor allem, so gut es geht, Leben retten. Bei aller Kritik darf dieses Ziel nicht in Vergessenheit geraten. Für unsere Gastronomie, Hotels, Kinos, Theater, alle Kulturschaffenden, Soloselbstständigen, Schausteller und all denjenigen, die nun erneut ihre Betriebe schließen müssen, ist das ganz bitter und hart. Wie können wirklich jede Verzweiflung, jede Wut und Frustration verstehen. Viele Betriebe in der Gastronomie und Hotellerie haben in den vergangenen Monaten umfassende Hygienekonzepte entwickelt. Zum Teil wurden kreative und effektive Lösungen gefunden, und ich bedanke mich ganz herzlich für diese wichtige Mithilfe. Doch leider hat das Infektionsgeschehen eine Dynamik entwickelt, die zum Handeln zwingt. Es sind die Begegnungen, die Kontakte, die wir runterfahren müssen. Bei all den vorgenommenen Einschränkungen ist es wichtig und richtig, dass wir die Unternehmen nicht im Stich lassen. Die wirtschaftliche Existenz vieler wäre nach den Schließungen im November hochgradig gefährdet. Deshalb bin ich froh, dass sich die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Unterstützung geeinigt haben. Insgesamt werden dafür 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Nach derzeitigen Planungen erhalten Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genauso wie Soloselbstständige 75% des Umsatzverlustes aus dem November 2019 als Einmalzahlung. Größere Unternehmen 70%. Dies ist eine echte Unterstützung, auch für die Delmenhorster Wirtschaft. Ich hoffe, dass die genauen Modalitäten bald bekannt werden und die Auszahlungen schnellstmöglich und unbürokratisch erfolgen.



Zum Schluss möchte ich nochmal persönliche Worte an Sie und Euch richten: Mal wieder müssen wir auf den Besuch von Freunden und Verwandten verzichten. Die Lage ist wirklich ernst und mich erreichen seit März täglich viele Anrufe und Nachrichten von Menschen die voller Sorge um ihre berufliche und persönliche Zukunft sind! Gerade jetzt geht es darum, solidarisch untereinander zu sein. Die einschneidenden Maßnahmen bleiben angesichts der Infektionszahlen trotz allem notwendig und unausweichlich. Wir alle können und müssen jetzt einen Beitrag dazu leisten, die Kurve der Infektionen abzuflachen und eine Überlastung der Krankenhäuser verhindern. Bleibt, sofern es möglich ist, Zuhause und haltet die Vorschriften zu den Hygieneregeln und Kontaktbeschränkungen ein.

Mit solidarischen Grüßen

Deniz Kurku, MdL

V.i.S.d.P.: Deniz Kurku, MdL, Arthur-Fitger-Str. 10, 27749 Delmenhorst
Tel.: 04221/15 212 19, Mail: buero@deniz-kurku.de